

DEUTSCHE RUNDSCHAU™

English Language
Articles Inside

UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR DEUTSCHSPRECHENDE

Publikation des
Jahres 1997

An independent voice for German speaking people everywhere. Politics, Business, Culture and Perspectives

With correspondents on five continents and readers in more than 140 countries around the world

Deutschland im Krieg am Hindukusch

Wie soll es in Afghanistan weiter gehen?

„Krause-Reisen“ stand draußen auf dem gecharterten, zivilen Bus, der vor acht Jahren die ersten deutschen Bundeswehr-Soldaten zu ihrem Flug nach Afghanistan brachte. Drinnen summte die Klimaanlage. Verlogener kann ein Bild für die Medien kaum noch gemalt werden. Und es ging so weiter: Soldaten, die mit einheimischen Kindern Drachen steigen ließen, Brunnenbauer in Uniform und winkende Militärkolonnen flimmerten über die Bildschirme.

Inzwischen gehören durchgedrehte deutsche Soldaten zum Täter-Team des sonntäglichen „Tatort“-Krimis im Fernsehen. Kein Wunder, stieg doch die Zahl der uniformierten

„Wer einen Krieg führt, muß sagen, welche Kriegsziele er verfolgt.“

Frauen und Männer mit „posttraumatischen Belastungsstörungen“ von 245 im Jahr 2008 auf 466 im vergangenen Jahr, „418 davon in Afghanistan“, so ein Bundeswehrsprecher. Und dann sind da ja auch noch die bislang 36 Toten. „Gefallene“ mag sie die offizielle Politik noch nicht nennen, sprach man doch bisher nur



Foto: Deutsche Luftwaffe / Herbert Albring

Baustelle Zwei: Die Bundeswehr in Afghanistan. Deutsche Objektschützer begleiten Afghanis in einem Dorf

von „Stabilisierungseinsatz“, einer „kritischen Lage“ oder einer „Situation, die die Frauen und Männer besonders herausfordert“. Inzwischen windet sich Verteidigungsminister Karl-Friedrich zu Guttenberg (CSU) bereits um das Wort „Krieg“ herum, soll er beschreiben, was am Hindukusch tatsächlich abläuft und Außenminister Guido Westerwelle (FDP) spricht neuerdings von einem „bewaffneten Konflikt im Sinne des humanitären Völkerrechts“.

Was immer auch unter dieser Definition zu verstehen sein mag: Wer einen Krieg führt, muß sagen, welche Kriegsziele er verfolgt. Der Kampf gegen den Terrorismus in Afghanistan zieht nicht mehr, denn die Taliban haben ihre dortigen Stützpunkte längst in andere Länder verlagert. Jetzt wollen sie die Macht in Kabul und die „Besatzer“ aus dem Land treiben, in dem der Konflikt längst zum Bürgerkrieg mutiert ist.

Wenn die internationale Gemeinschaft das verhindern will, sind mehr Soldaten, mehr Waffen und weitere harte Kämpfe nötig, so das Fazit der Internationalen Afghanistan-Konferenz Ende Januar in London. Ob das alles irgendwann zum gewünschten Ergebnis führt, weiß die Konferenz mit Teilnehmer von mehr als 60 Nationen auch nicht.

Fortsetzung auf Seite 5

KURZ BERICHTET

Venezuela: Keine Pressefreiheit unter Hugo Chávez

(IMH/dafm). Wie die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) berichtet, entzog der venezolanische Präsident Hugo Chávez dem ältesten oppositionellen Fernsehkanal RCTV jetzt auch die Lizenz zum Senden über Kabel, nachdem der Kanal bereits seit 2007 nicht mehr frei über Antenne zu empfangen ist. Mit RCTV wurden auch fünf kleinere Fernsehsender aus dem Kabelnetz entfernt. Den Entzug der Sendelizenz begründete die venezolanische Regierung mit dem Nichtbeachten von Vorschriften über die Programmgestaltung. Die betroffenen Sender wollten die Live-Ausstrahlung von stundenlangen Chávez-Reden oder die Ausstrahlung der Nationalhymne um 12 und 18 Uhr nicht senden. Bereits im August hatte die Regierung 33 Radio- und einen Fernsehsender geschlossen und insgesamt 240 weiteren Medien mit der Schließung gedroht. Die IGFM sieht in der Intensivierung des Kreuzzuges gegen die Pressefreiheit ein Zeichen für die Angst von Chávez vor einer Niederlage bei den anstehenden Parlamentswahlen im September. In der Bevölkerung wächst der Unmut über den diktatorisch regierenden Präsidenten und Chef der Sozialistischen Einheitspartei Venezuelas (PSUV), da die Wirtschaft und die Energieversorgung am Boden liegen.

Israel: Gesetzentwurf erschwert Journalisten den Wechsel in die Politik

(IMH/dafm). Nach einem Gesetzesantrag von zwei Abgeordneten sollen Medienmacher zwischen einem halben und einem ganzen Jahr aussetzen, bevor sie in die Politik wechseln können. Der Gesetzesvorschlag ist allgemein gehalten, doch israelische Medien spekulieren, er zielt auf den TV-Moderator Yair Lapid, der in Israel sehr beliebt ist. Dieser hatte angedeutet, wie sein inzwischen verstorbener Vater Tommy Lapid in die Politik wechseln zu wollen. Lapid, so die Befürchtungen mancher Abgeordneter, könnte die Stimmen vieler unzufriedener Wähler aus unterschiedlichen politischen Lagern bündeln. Derzeit sitzen vier Journalisten als Abgeordnete in der Knesset.

Brandenburg – Anziehend für Touristen aus aller Welt

Die „Streusandbüchse Preußens“ als Erholungsgebiet für stadtmüde Berliner

Foto: Wieschendorf / Public Domain



Schwäne am Scharmützelsee in Bad Saarow, Brandenburg

(Bericht auf Seite 12)

LESEN SIE

- Deutsche Soldaten in Afghanistan: Ein Dilemma? . . . 3
- Jobsuche in Deutschland: Ein Erfahrungsbericht 6
- Winterolympiade 2010: Die Kehrseite der Medaille . . . 8
- Exklusiv: Thüringens Ministerpräsidentin antwortet 11
- Auf dem Weg zum klimafreundlichen Kraftwerk 16
- Feuilleton: „Grüß Gott“ und „Pfui Teufel“ 18
- Forum: Auf sich allein gestellt im Alter? . 20-21
- Künstlerprofil: Ortansa Moraru 23
- Das internationale Zeitungsmuseum Aachen . . 24

ISBN 0-1206-5781-3

0 1301

9 780120 657810